

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Danziger Zeitung.

Abonnements-Einladung.
Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, bei dem bevorstehenden Wechsel des Quartals die Bestellungen auf die

Danziger Zeitung

rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenen Exemplare pro II. Quartal 1 R 20 Gr. (mit Steuer und Post-Provision); für Danzig incl. Bringerlohn beider Ausgaben 1 R 22½ Gr. Außer in der Expedition, Kettnerhager-Gasse 4, kann die Zeitung zum Preise von 1 R 15 Gr abgeholt werden:

4. Damm Nr. 4 bei Hrn. Apotheker v. d. Lippe,
Langgarter Nr. 102 bei Hrn. Gustav N. van Düren,
Kohlengasse Nr. 1 bei Hrn. P. Herrmann,
Lakadie Nr. 25 bei Hrn. Spediteur Herrn. Müller,
Paradiesgasse Nr. 20 bei Hrn. Gustav Böttcher,
Poggendorf Nr. 8 bei Hrn. Wilhelm Arndt.
Neugarten Nr. 14 bei Hrn. Apotheker Schleusener.
Langgasse Nr. 83 bei Hrn. Franz Feichtmayer.

Expedition der Danziger Zeitung,
Kettnerhagergasse Nr. 4.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 1 Uhr Nachmittags.

Elberfeld, 22. März. Bei der gestern stattgehabten engeren Wahl siegte der Kandidat der liberalen Partei Professor Dr. Gneist, der 8019 Stimmen erhielt, über den Kandidaten der Sozial-Demokraten, v. Schweizer, auf den nur 7923 Stimmen fielen. Ein Theil der Conservativen stimmte für v. Schweizer.

Norddeutscher Reichstag.

17. Sitzung am 21. März 1867.

Die Tribünen sind überfüllt, in der Mittelloge der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und der Erbprinz von Hohenzollern. Am Tisch der Commissarien der Präsident derselben, Graf Bismarck, wie fast immer, in Generalsuniform, Geb. Nähe v. Savigny, v. Liebe, Hoffmann u. a.; später die Minister v. d. Heydt und Graf zu Eulenburg.

Der Präsidenttheil mit, daß ein Schreiben des Ministers v. Noon eingegangen ist, in welchem derselbe sagt: es sei zu seiner Kenntniß gelommen, daß in Bezug auf einige Artikel der Militärgesetzgebung, namentlich Art. 50, 53 und 58 Abänderungsvorschläge in Aussicht genommen seien. Er halte deshalb eine vorläufige nähere Darlegung der prinzipiellen Gesichtspunkte für wünschenswert und habe die betreffenden Erläuterungen zusammenstellen lassen, die er dem Reichstage zur Verfügung stelle.

Es folgt Fortsetzung der Vorberathung über Art. 4 des Verf.-Entwurfs. Es sind folgende, eine Erweiterung der Kompetenz der Bundesgesetzgebung bezweckende Anträge eingegangen: 1) Dem Art. 4. als Nr. 14 hinzuzufügen: 14) die Feststellung der Besitznisse, welche kein Bundesstaat in Bezug auf Preß-, Vereins- und Versammlungsrecht, so wie in Bezug auf die sonstigen persönlichen und staatsbürglerischen Rechte des Bundes-Angehörigen vorerhalten darf. — Dr. Braun (Wiesbaden).

2) a. Dem Art. 4 als Nr. 15 hinzuzufügen: 15) das Militärwesen des Bundes und die Kriegsmarine; b. mit dem Antrage zu a. für un trennbar zu erklären und an geeigneter Stelle hinzuzufügen: Bei Gesetzesvorschlägen über das Militärwesen und die Kriegsmarine giebt, wenn im Bundesrat eine Meinungsverschiedenheit stauft, die Stimme des Präsidiums den Ausschlag, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht. Zweiten.

3) Dem Abschnitt II. Art. 4 am Schlusse hinzuzufügen: § 14) das Militär- und Marinewesen; § 15) das Bundesfinanzwesen, und § 16) die Abänderung und Auslegung dieser Verfassung. — Dr. Schaffrath.

4) Börschen Art. 4 und 5 als neuen Artikel einzuschalten: Der Bund ist besagt, im Wege der Gesetzgebung auch solche Einrichtungen zu treffen und Maßregeln anzuordnen, welche auf andere als die im Art. 4 bezeichneten Gegenstände sich beziehen, wenn dieselben im Gesamt-Interesse notwendig werden. Der Erlass solcher Gesetze ist an die für Verfassungsveränderungen vorgeschriebenen Formen gebunden. — Miquel.

5) Die Nr. 2 des vom Abg. Groote vorgelegten Verfassungsentwurfs, welche sich auf den Art. 4 des Regierungs-Entwurfs bezieht: Außer den im Art. 4 des Entwurfs angegebenen Gegenständen liegt dem Gesamtstaate auch insbesondere die Feststellung gemeinsamer Grundrechte für das Gesamtgebiet ob. Auch andere Angelegenheiten des Gesamt-Interesses kann derselbe zu gemeinsamen erheben. Die Landesvertretungen können hiergegen nur mit einer Mehrheit wahlkamen Widerspruch einlegen, die wenigstens zwei Drittheile der Bevölkerung des ganzen Bundes-Gebiets repräsentiert.

6) Dem Antrage Braun's am Schlusse hinzuzufügen: und welche den in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Grundrechten nicht derogiren dürfen." — v. Bockum-Dolffs.

7) Die Aufnahme der „Freiheit des religiösen Bekennisses“ in den Braun'schen Antrag. — Kratz.

Zunächst wird die Discussion über den Antrag des Abg. Braun eröffnet. Abg. Lasker (für den Antrag): Es ist



Beitung.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Gr. Auswärts 1 Thlr. 20 Gr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler in Hamburg, Haasestein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruck.

keineswegs die Absicht dieses Antrags, die Grundrechte in der Weise zum Gegenstande der Gesetzgebung zu machen, daß sie in den einzelnen Ländern bereits bestehenden Grundrechte abschwächen oder aufheben könnten, sondern sie sollen nur als Minimum dessen aufgefaßt werden, was in allen Bundesstaaten an Grundrechten gewahrt werden muß. Schon in der General-Debatte ist darauf hingewiesen, daß der Verfassungs-Entwurf nur den materiellen Interessen Rechnung trägt, daß aber auch den intellectuellen und geistigen Bedürfnissen Rechnung getragen werden müsse. Ich glaube, daß die Trennung beider Richtungen überhaupt nicht möglich ist. Wenn Handels-Verträge mit fremden Staaten abgeschlossen werden, so wird nicht bloß dafür gesorgt, daß die Handels-Interessen geschützt werden, sondern es wird auch gesorgt für die Sicherheit der Person und der Wohnung. Das ist sehr nötig, daß zum Beispiel die sehr verlockenden Bedingungen, die Russland wiederholt gestellt hat, um Colonisten anzuziehen, nicht vermögend gewesen sind, zur Ansiedelung zu ermutigen; alle derartigen Versuche scheiterten an der Unsicherheit der Person und der Wohnung. Ich kann aber auch ein Beispiel, daß die materiellen Interessen mit denen der Sicherheit von Person und Wohnung innig zusammenhängen, aus Berlin selbst hernehmen. Im J. 1849 begann in Berlin die Reactionperiode, die 1852 ihren Höhepunkt erreichte, bis zu dem J. 1857 sich milderte und dann in die freisinnige Verwaltung der neuen Ära überging, der man nachdröhnen kann, daß Sie überall die Willkür weit vor sich gewiesen hat. Man sieht sie sich die Zahl der Bevölkerung während jener Jahre an. Von 1849—51 ist die Bevölkerung um 12,363 Seelen gewachsen, von 1852—55, also auf der Höhe der Reaction, nur um 5724 Seelen, dann wieder steigend von 1855—58 um 19,720 Seelen, von 1858—61 um 18,644 Seelen und von 1862—64 um 70,465 Seelen. Bei den letzten Zahlen kann ich nicht unterlassen hinzu zu führen, daß das gegenwärtige Ministerium selbst in den Tagen des schärfsten Konfliktes zu solchen Polizeimäßigkeiten, wie das Ministerium Manteuffel, nie gegriffen hat. Einzelne Herren lächeln unglaublich, als ob bei diesen Zahlenverhältnissen zufällige Ursachen obgewaltet hätten. Nun, ich kann anführen, daß unter der Verwaltung Hindeldehs Niemand in Berlin zugelassen wurde, der nicht ein Vermögen von 5—10,000 R. nachweisen konnte. Erst Graf Schmerling hat dieser Praxis ein Ende gemacht. Bei den Ausweisungen und Zulassungen war die Rücksicht maßgebend: Sie machen uns armen Beamten nur die Wohnungen theuer. Das Grundprinzip jener Epoche hieß Willkür und Gesetzlosigkeit. Angesichts der mitgetheilten Zahlen halte ich es für einen vergeblichen Versuch, zu behaupten, daß die materiellen Interessen von den freisinnigen Bestrebungen sich abscheiden. Wenn die National-Versammlung vor Allem die Grundrechte ins Auge fasse und ihnen einen fast übergrößen Theil ihrer Zeit widmete, so braucht man darüber nicht zu lächeln. Es ist allerdings jetzt Mode, über die Bestrebungen von 1848 zu lächeln, ich aber gestehe, daß der Mittelpunkt meines Lebens der Geist ist, der uns 1848 ergriffen und uns in die Reihen der Constitutionellen, das heißt, der vernünftig regierten Staaten geführt hat. Man hat der National-Versammlung vorgeworfen, über den Grundrechten die materiellen Interessen vergessen zu haben, aber ist denn das eine vernünftige Reaction, die jetzt das verschärfte Gegenteil will? War das Erste Hitz, so ist das Zweite Fieber und wahrlich, wenn Sie diese Richtung weiter verfolgen, so werden Sie weder die materiellen Interessen, noch sonst etwas im Vaterlande fördern. Wenn ich und viele meiner Freunde (aus der national-liberalen Fraktion) nicht dem Antrag Schulze-Bouës zugestimmt haben, so geschah es lediglich deshalb, weil wir dem Antrag Braun den Vorzug geben, als einem solchen, von dem wir glauben, daß er angenommen werden müsse. Auch die Regierungen werden sich dem nicht entziehen können. Die mecklenburgische Regierung wird widerstreben, der mecklenburgische Landtag noch mehr. So lange dort die Ritterschaft Gesetze giebt, so lange fürchte ich allerdings, daß an dieser Mauer die Macht der Ideen sich brechen wird. Wir haben uns mit dem Antrag Braun auf das Allerwichtigste beschränkt, nicht Kirchenpatronat, nicht Schulzustände, Civilehe und andere Fragen von hohem Interesse haben wir aufgeführt; wir verlangen zunächst nur in der Freiheit der Person und Wohnung das Recht zu gehen und zu stehen, in der Freiheit der Presse das Recht, zu Bielen gleichzeitig zu reden. Unsere Absicht war von vornherein, nur solche Anträge einzubringen, die unentbehrlich sind, um die Verfassung in die Herzen des Volks eindringen zu lassen und sie an anderen Stellen für uns selbst annehmbar zu machen, ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen. (Lebhafte Bravo!)

Abg. v. Bockum-Dolffs (im Zusammenhange unverständlich), vertheidigt sein (oben mitgetheiltes) Unteramendment, das davor sichere, daß die Grundrechte in den Einzelstaaten auf das bescheidene Maß, das sie in der Bundesgesetzgebung einnehmen, zurückzuführen sind.

Abg. Wachenhufen: Ich glaube, der Hr. Vorredner hat den Antrag Braun missverstanden; es liegt in der Fassung des Antrages selbst, daß, wenn die Spezial-Verfassungen mehr gewähren, dieses Mehr nicht ausgeschlossen wird dadurch, daß die Bundesverfassung nur ein Minimum gewährt. Der Antrag soll ein Hebel sein, um gewissen Zuständen abzuholzen, die unvereinbar sind mit den Fortschritten der Kultur, dem Wohle und der Ehre eines Landes. Aus dem, was der Abg. Biggers über mecklenburgische Zustände gesagt und der Bundes-Kommissar für Mecklenburg selbst bestätigt hat, werden Sie entnehmen müssen, daß Sie uns nicht den Weg abschneiden dürfen, allmählich zu besseren Zuständen zu gelangen. Dazu bietet der Antrag Braun Gelegenheit. In demselben spricht sich der Liberalismus mit Mäßigung aus und ganz offenbar ist er ein Ausdruck des Kompromisses zwis-

schen verschiedenen Fraktionen des Hauses. Ich denke nicht, daß der Conservativismus dieses Hauses so weit gehen wird, um auch solche Zustände, wie sie Wiggers geschildert hat, konservieren zu wollen. (Bravo!)

Abg. v. Vincke (Hagen): Wir sind Alle darin einverstanden, daß an dem Verfassungs-Entwurf unsere Nachkommen noch viel zu verbessern haben werden. Unsere Aufgabe ist es, daß Wünschenswerthe vor dem Nothwendigen zurückzuführen zu lassen. Zunächst müssen wir den Verfassungs-Entwurf vollenden. Ich bin bereit, jedes Amendment, das auf die politische Existenz und die wirtschaftliche Freiheit hinzelft, zu unterstützen. Aber ich werde gegen dieses Amendment stimmen. Ich habe es nicht verstanden, daß der Abg. Lasker heute eine große Rede für die Grundrechte gehalten hat. Bei dem Antrage Schulze-Bouës hätte er es thun müssen. Diesen Antrag würde ich überhaupt vorziehen, denn ihm gegenüber wissen wir wenigstens, was wir wollen und sind nicht auf einen solchen allgemeinen Viebel angewiesen. Hr. Lasker hat an die neue Ära und die größere Fruchtbarkeit Berlins in derselben erinnert, er hat seine Sympathien für das J. 1848 ausgesprochen und nebenbei wohl die Tendenz verfolgt, die Kette, die ihn mit seinen früheren Freunden noch links verbindet, nicht ganz brechen zu lassen und vielleicht auch den Vorwürfen, die ihm in Berliner Sitzungen gemacht werden, entgegenzutreten und ich glaube, daß dies ganz nötig gewesen sein mag, aber deßhalb brauchen wir doch keine Grundrechte zu votiren. Idealer als dieses Amendment kann nichts sein. Damit kann man alles Mögliche anfangen. Was die Prehgesetzgebung anbetrifft, möchte ich doch daran erinnern, daß wir mit einer Bundesgesetzgebung in dieser Materie unter dem seligen Bundestage schon einmal schlimme Erfahrungen gemacht haben. Man wird freilich einwenden, daß es mit dem gegenwärtigen Bunde eine andere Sache ist; das räume ich als möglich ein, gewiß aber ist es nicht. Man hat auch auf Mecklenburg exemplifizirt. Glauben Sie denn, daß der mecklenburgische Landtag, wenn Sie ihm vorhersagen, daß der Antrag Braun auf ihn gemünzt ist, seine Zustimmung dazu geben wird, solche Aenderungen in die Bundesverfassung hineinzutragen? Der mecklenburgische Landtag ist ja doch um seine Zustimmung so gut zu befragen, wie jeder andere Landtag. Nehmen Sie den Antrag Braun nicht an. Sie können auch den nachfolgenden Reichstagen Vertrauen schenken. Der Abg. Braun hat uns neulich ein poetisches Cäcilie angeführt, welches mir, aus einem so alten und nur praktischen Interessen dienenden Blatte kommend, um so mehr überrascht hat; ich freue mich, ihm in Bezug auf seinen Antrag mit gleicher Münze dienen zu können und gerade auf diesen den Vers anwenden zu können:

Sind wir unterm sichern Dach
Glücklich erst geboren,
Wird für wohltätiges Gemach
Sich schon weiter sorgen.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Nachdem mein Amendment so heftig angegriffen worden ist, rufen mich gleichsam Paternitäts- und Alimentations-Pflichten an diese Stelle, da ich einmal das Unglück habe, der Antragsteller zu sein. Ich sah voraus, daß eine große Reihe von Anträgen kommen würde, die dahin gerichtet wären, entweder alle oder doch einen großen Theil der Grundrechte der Reichsverfassung oder der preußischen Verfassung zu transportieren in die Verfassung des Bundes. Ich fürchtete, daß darüber ein großer Theil der uns so knapp zugemessenen Spanne Zeit verloren gehen würde; andererseits aber fand ich es doch notwendig, daß in der Richtung der wirtschaftlichen und bürgerlichen Freiheit das Nötige gewahrt werde, und um einen Mittelweg zwischen gar keinen Grundrechten und allen auf einmal zu finden, bin ich zu meinem Antrage gekommen. Ich habe freilich heute von Neuem den alten Erfahrungssatz bestätigt gefunden, daß die vermittelnden Parteien und Personen infofern einen bösen Standpunkt haben, als von beiden Seiten auf sie zugeschlagen wird. Indessen, wenn man persönlich, wie ich, eine gute Constitution hat, so kann man das schon vertragen. (Heilekeit.) Wenn der Hr. Abg. v. Vincke die Vermuthung ausgesprochen hat, wir hätten diesen Antrag eingebrochen, um Führung nach Links zu behalten und die auf jener Seite halbwegs verschworenen Sympathien wieder zu gewinnen, so will ich es dahin gestellt sein lassen, ob das bei Einzelnen zutrifft; ich glaube es nicht; das aber muß ich doch sagen, daß solche Neuerungen nur geeignet sind, den Geschmack an den nach rechts gebenden Richtungen ein wenig zu verderben. Unser Antrag will die Feststellung der Grundrechte — und dadurch unterscheidet er sich von dem des Abg. Schulze — nicht zu einem Werke der Constitution oder der Constituierung, sondern zu einem Werke der Gesetzgebung machen, er will die Grundrechte nicht in die Verfassung schreiben, sondern dem nächsten legislativen Reichstage die Ausarbeitung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Freiheiten einfach vorbehalten. Wir wollen unseren Nachfolgern nicht vorgreifen, aber wir wollen auch nicht, daß ihnen von anderer Seite vorgegriffen wird. Auch wir wollen nicht Rom an einem Tage aufzubauen. Wir wissen recht wohl, daß wir nicht an einem Tage die ganze Wohlfahrt und Freiheit der Nation begründen können, aber wir wollen an der Baustelle, die wir jetzt begründen, mindestens einen Platz offen lassen, auf dem neben der Reichsverfassung auch die Reichsfreiheit aufgerichtet wird. Eben so wenig versuchen wir die uns untergehobenen Tendenzen des Uniformirens und Nivellirens. Wir wollen nicht reglementieren, sondern normieren. Man wirkt uns auch vor, wir vermissen die Grenze zwischen dem Nothwendigen und dem Nützlichen. Freilich, wer die Preß- und Vereinsfreiheit für einen Luxus hält, der mag uns diesen Vorwurf machen. Wir aber halten dieselbe für notwendig, für ein unentbehrliches Supplement des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes. Wenn die Masse in Bewegung gesetzt

ist.

werden soll, so dürfen ihr die Mittel, sich zu belehren und zu verständigen, nicht geraubt werden, und wenn sie diese Mittel nicht haben, so liegt die Gefahr vor, daß die Wahlen von den centrifugalen territorialen Gewalten zu Ungunsten der Reichsgewalt verfälscht oder corrumpt werden können. Wenn man uns weiter gesagt hat, wir sollten uns doch an die Preßordnungen des alten Bundestages erinnern, die seien doch wahrlich dem Interesse der Nation nicht förderlich gewesen, nun, m. H., der Unterschied zwischen der alten und neuen Bundesgewalt besteht eben darin, daß die Preßgesetze des alten Bundestages ein Verbot der Freiheit waren, und daß die unerlaufenen ein Verbot der Unfreiheit sein werden. Der alte Bundestag verbot den Staaten, ihren Staatsangehörigen die Preßfreiheit zu gewähren, unsere neue Preßgesetzgebung soll es den Territorialgewalten unmöglich machen, die Preßfreiheit zu entziehen. Der Reichstag wird nicht einen langen Codex ausarbeiten mit 100 und mehr Paragraphen, sondern er wird einfach sagen, in keinem deutschen Gebiet darf die Preßfreiheit der discretionären Gewalt der Polizei oder der Verwaltung unterstellt werden. Wenn man in unserem Amendement eine Drohung gegen die Territorialgewalt sehen will, so würde das voraussehen, daß die betreffenden Regierungen in der Bildung ihrer Unterthanen eine Gefahr für sich sehen. Ich zweifle, daß es solche Regierungen gibt. Gäbe es aber solche, nun so wären sie wert, daß sie zu Grunde gingen. Es ist uns vorgeworfen, wir schadeten dem Werte und dessen Annahme bei den Regierungen; es ist uns namentlich der mecklenburgische Landtag entgegengehalten, der unsere Arbeiten schon ohnehin mit feindseligen Blicken betrachtet. Nun, wenn er uns überhaupt schon feindselig ist, dann wird es auf ein bisschen mehr oder weniger nicht ankommen. Jedenfalls aber ist die Frage, ob unser Werk getragen wird von der Sympathie der deutschen Nation oder nicht, eine viel richtigere als die, ob die mecklenburgische Feindschaft um einen Zoll mehr avanciert oder zurücktritt. Ich komme auf einen anderen Vorwurf, den, daß die Möglichkeit vorliege, wie in einzelnen Ländern in Folge unseres Antrages die bereits bestehende Preßfreiheit abgeschafft werden könnte. Ich bin vor der Voraussetzung ausgegangen, daß der Antrag die verfassungsmäßigen Freiheiten der einzelnen Staaten nicht tangiere. Er soll nur eine Grundlage schaffen, auf welcher demokratisch die Gesetzgebung der einzelnen Territorien fortbauen kann. Sollten aber noch Bedenken bestehen, so habe ich gar nichts dagegen, daß man auch das Amendement des Hrn. Abg. v. Bockum-Dolfs annimmt. Ich selbst habe noch einen Mangel in meinem Antrage entdeckt; ich möchte lieber statt „Angestammten der einzelnen Staaten“ gesetzt wissen „Bundesangehörigen“. Wenn von dem Herrn Vorredner geschlossen worden ist mit einer Appellation an einen poetischen Ausdruck, den ich kürzlich citirte, mit dem Zusage, daß er ans sehr nächtern Munde gekommen sei, so glaube ich, man soll an richtiger Stelle poetisch sein, man soll aber auch an richtiger Stelle nächtern sein. Der Platz, auf welchem wir die Verfassung des Bundes aufrichten, ist uns durch die Ereignisse des 3. 1866 mit der vollständigsten Präzision vorgeschrieben. Wir können an der äußeren Grenze unserer Baustelle nichts ändern. Aber auf dieser Baustelle ein Plätzchen reserviren für die Freiheit, für den Wohlstand und für die Bildung der deutschen Nation, das können wir und das wollen wir! (Beifall.)

Von dem Abg. Kratz ist folgendes Amendement eingegangen: „zu dem Antrage des Abg. Braun hinzuzufügen: „in Bezug auf die Freiheit des religiösen Bekennisses und der Religionsübung.““

Abg. Wagener (Rost-Stettin): Je mehr ich meinen Vorredner bisher als einen gläubigen Vater in Bezug auf seine Anträge kennen gelernt habe, desto unbefangener kann ich sein Amendement als einen ungerechtfertigten Sohn bezeichnen. Es ist aber, das will ich im Voraus bemerken, trotzdem nicht meine Ansicht, auf ihn zu „schlagen“, denn das würde ich für mich persönlich für etwas bedenklich halten. Der Hr. Abg. Braun hat darauf hingewiesen, daß die Vermittlerrolle eine schwierige sei und daß namentlich Bemerkungen, wie die des Abg. v. Binde wieder angeschlagen könnten, weiter die Füllung nach Rechts zu nehmen. Ich möchte ihn gern wieder versöhnen; ich möchte auch gern seine Vermittelung annehmen, wenn ich nur in diesem seinem Antrage irgend eine Vermittelung erkennen könnte. Ich stände aber in seinem Antrage nichts weiter als einem angenehmen erwärmbenden Niveaudruck für unverdorbene liberale Gemüther. Und dann möchte ich Sie doch noch einmal aufmerksam machen auf die Gefahren, welche für die in den einzelnen Staaten bereits bestehenden Freiheiten durch diesen Antrag erwachsen. Schon Justus Möller sagte: „Nichts ist der allgemeinen Freiheit gefährlicher, als eine allgemeine reglementirte Gesetzgebung.“ Diese Befürchtung ist doch auch nicht so gering anzuschlagen. Denk ich bin überzeugt, daß der Reichstag immer mehr — ich will nicht sagen reactionair, aber doch conservativ sein wird, als die kleineren Landtage der einzelnen Staaten. Und was beweisen Sie sich denn unter dieser „Garantie gegen Polizei-Willkür?“ Polizei-Willkür — das ist ja ihr Kennzeichen — lehrt sich eben nicht an bestehende Gesetze, und wie Sie ein solches Verfahren ausschließen wollen, nicht etwa durch bestimmte, concrete Vorschriften, sondern durch gewisse ideale wohlklingende Ausdrücke, nehmen Sie mir das nicht ab, dafür geht mir das Verständnis ab. Ich verstehe es sehr wohl, wenn der Abg. Braun sagt, er wünsche nicht nur die Reichsgewalt, sondern auch die Reichsfreiheit herzustellen. Aber das thut er gerade mit diesem Amendement auf eine höchst ungenügende Weise. Was nützt uns denn, wenn Hr. Braun uns vorhält, was er wünscht und hofft und erwartet von der Gesetzgebung der klüftigsten Reichstage? Ich habe wohl gehört, daß in einem bestimmten Lande sich die Wünsche der höheren Behörden nach den unteren Instanzen bin in Städten viel kristallifizieren; ich habe aber noch nie gehört, daß sich die Wünsche irgend eines Reichstagmitgliedes zu Gesetzen kristallifizieren, und es ist mir daher unklar, woher er diese Garantie hat. Ich kann Sie daher nur bitten, dies Amendement abzulehnen und alle diese Gegenstände lieber der Spezialgesetzgebung zu überlassen. Da werden Sie auch uns als freisinnige und selbst liberale Mitarbeiter finden.

Abg. Dr. Schwerin (für das Amendement Braun) wendet sich namentlich gegen die Ausführungen des Abg. v. Binde-Hagen, welche den Standpunkt zur Sache vollständig verrückt hätten. Es handelt sich hier darum, ob ein bestimmter Gegenstand der Bundesgesetzgebung zugewiesen oder von ihr ausgeschlossen sein soll. Das ist doch etwas Anderes, als wenn ich in dieser Verfassung selber bestimme Rechte feststelle und die Regierungen dadurch in die Lage setze, entweder die Verfassung nicht anzunehmen oder diese Gesetze, diese Rechte mit anzunehmen. Alle diejenigen, die diesem Amendement zustimmen, haben denselben Wunsch, daß das Verfassungswerk zu Stande gebracht werden soll, wie diejenigen,

die ihm widersprechen. Man hat aber auch nach der zweiten Seite hin zu sehen. Die Verfassung soll nicht bloß den Regierungen mundgerecht gemacht werden, sondern sie muß auch annehmbar erscheinen auf dem Boden der deutschen Volks-Auseinandersetzungen. Wie liegt nun die Sache, wenn das Amendement aufgenommen wird? Es ist die Möglichkeit vorhanden, in Bezug auf Preß-, Vereinswesen u. s. w. ein Bundesgesetz zu geben. Es kann also nichts anderes entstehen, als daß das, was jetzt Rechtes ist, abgeändert wird, wenn die preußische Regierung und mit ihr meinerwegen die beiden Mecklenburg und Neuküstrinische Staate — denn durch diese wird die Majorität im Bundesrat erreicht — und der Reichstag ihre Zustimmung dazu geben. Ich kann wohl einsehen, wie diejenigen Herrn im Reichstag, denen es wesentlich darauf ankommt, die Kompetenz der Reichsgewalt gegenüber den einzelnen Staaten, soweit es irgend möglich ist, einzuschränken, um die Zustände in den Kleinstaaten nach Möglichkeit zu konservieren, wie diese Herren gegen dieses Amendement sind; wie aber diejenigen Herren dagegen sein können, die da glauben, daß Preußen das Recht und die Macht haben muß, Deutschland zu leiten, es auf den Weg zu seiner Wohlfahrt und Sicherheit zu führen, davon habe ich keinen Begriff. Ich wiederhole es, ein Übergreifen des Reichstages in Bezug auf Vereins- und Preßgesetzgebung ist nicht zu befürchten, weil, wenn die Preußische Regierung mit ihren 17 Stimmen unter Hinzufügung der 3 Mecklenburgisch. und der 2 Neuküstrin. Stimmen nicht der Meinung ist, daß in Bezug auf die Gesetzgebung etwas zu ändern sei, dann auch in der That nichts geändert wird. Das ist also der Sinn des Amendements; wenn Majorität des Bundesrates und des Reichstages damit einverstanden sind, dann soll etwas geändert werden können; es kann das aber nicht geschehen, wenn wir das Amendement nicht unter die Kompetenzen der Bundesverfassung mit aufnehmen, dann bedarf es einer vorhergegangenen Veränderung der Bundes-Verfassung dazu, und diese ist immer ein viel bedeutsamer Gegenstand. Es fällt uns auch gar nicht ein, uns zwischen zwei Stühle setzen zu wollen und, mir wenigstens nicht, eine vermittelnde Rolle zu übernehmen zwischen Rechts und Links. Ich liebe die Vermittlerrollen in der Weise durchaus nicht, daß man bald nach dieser, bald nach jener Seite hin ohne ganz bestimmte Gründe sich wendet, nur um auf der einen oder andern Seite sich Sympathien zu erhalten. Ich habe mich aber niemals gescheut und werde mich niemals scheuen, mit derjenigen Seite des Hauses zu stimmen, sie sei rechts, sie sei links, die meiner Überzeugung nach das Richtige im gegebenen Momente getroffen hat. Mit dem neulich vom Abg. Braun cierten und vom Abg. v. Binde wieder angeführten Verse erkläre ich mich vollkommen einverstanden. Aber, m. H., ich glaube, daß es zu einem Unterdrücken des Gebäudes nothwendig gehört, daß man es nicht an den Säulen fehle läßt, die das Dach zu tragen im Stande sind. (Bravo!) Läßt man bei dem Unterdrücken einige Säulen fehlen, dann stürzt das Haus wieder zusammen, ehe man in der Lage gewesen ist, es wohnlich einzurichten.

Graf v. Bismarck: Der Hr. Vorredner scheint mir, hat ein Motiv unterschlägt, welches in mir wenigstens als Minister — ich sage nicht als Abgeordneter — das stärkste ist, nämlich die mich nie verlassende Sorge: werden wir dafür die Zustimmung der übrigen Regierungen erlangen? kann an dieser Sache die Zustimmung scheitern? ist die Sache der Mutter werth, das Ventil der Maschine auf diese Probe zu stellen? Und in dieser Beziehung kann ich mich der Argumentation des Hrn. Vorredner anschließen; ich glaube er hat schon dazu beigetragen, die Überschätzung der Bedeutung dieses Amendements, falls es angenommen würde, zu vermindern. Es handelt sich ja, wie schon vorher hervorgehoben ist, nur um den Unterschied der Gesetzgebung und der Verfassungsänderung. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß wenn der Fall der Entscheidung eintrete, auch auf Seiten der Bundes-Regierungen über solche Dinge unser Werk nicht gehindert werden würde, daß solche Anstände nicht ausreichen, um die Grundlage, die wir haben, zu zerstören und in die Lust zu sprengen; — aber sicher sind wir doch in dieser Sache nicht! Wenn ich hier als Abgeordneter spräche, so würde ich sagen: man kann es annehmen, man kann es ablehnen, ich sehe darum keine Gefahr für das Vaterland; als Minister kann ich nur dazu ratzen es abzulehnen! (Bravo!)

Abg. Schulze (Berlin): Er und seine Freunde würden zwar für den Antrag Braun stimmen, legten denselben aber keine große Bedeutung bei. Die Grundrechte gehören selbst in die Verfassung, ein dahin lautender Antrag sei abgelehnt. Von der praktischen Seite hat das Amendement also keine große Bedeutung, denn es ist jetzt ja ganz in das Belieben der Regierungen gestellt, ob sie an Freiheitsrechten etwas gewähren wollen oder nicht; und es wird jetzt sehr schwer etwas zu erlangen sein, da die Gewährung der Grundrechte nicht zur Bedingung des Zustandekommens der Verfassung gemacht worden ist. (Beifall links.)

Herr Bundes-Commissionar Hoffmann: Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Freiheiten haben bereits ein Plätzchen und sind in den deutschen Bundes-Verfassungen enthalten. (Links: Nein, Nein!) oder wenigstens in der Mehrzahl derselben, (Links: Aha!) die Bundes-Verfassung wird gemacht nicht für die einzelnen Staaten, sondern für die Gesamtheit. In der überwiegenden Mehrzahl der Bundesstaaten sind diese Rechte bereits verfassungsmäßig garantirt, können also ohne Zustimmung der Stände nicht aufgehoben werden; es braucht also eine Garantie durch die Bundesgesetzgebung nicht. Wenn aber die Regelung der Preß-, des Vereins- und Versammlungsrechtes wirklich Gegenstand der Bundesgesetzgebung werden soll, dann muß derselbe auch die Befugnis überwiesen werden, den Missbrauch in der Preß (Aha!) gehörig zu bestrafen. (Gelächter.) Durch den gestern gefassten Beschuß, das Wort „indirect“ (bei den Steuern) zu streichen, haben Sie dem Bunde schon eine sehr weite Kompetenz eingeräumt. Es gibt sich überhaupt in der Versammlung eine sehr starke Neigung zu centralistischen Lüften. Im Interesse der Einigung Norddeutschlands und Süddeutschlands möchte ich Sie dringend bitten, der Verfassung des Centralismus zu widersprechen. Ich möchte Sie einmal an den Rechtsboden erinnern und Ihnen zu bedenken geben, daß der Verf.-Entwurf hervorgegangen ist aus den Bündnissen und Friedensverträgen zwischen Preußen und den übrigen Regierungen. In den Friedensverträgen ist aber ausdrücklich bestimmt, daß der Bund gegründet werden solle „auf Grund der preuß. Reformvorschläge v. 10. Juni.“ Der Verfassungs-Entwurf ist schon weit darüber hinausgegangen; die Regierungen haben dennoch zugestimmt, obgleich die Rechte der einzelnen Staaten dadurch schon sehr beschränkt worden sind. Und hiess für war nur ein Motiv vorhanden: daß Bewußtsein der Rechtswendigkeit, etwas Positives zu schaffen. Dies Motiv

veranlaßt uns auch, eine Verständigung mit dem Reichstag zu suchen; und ich erkläre im Namen aller verbliebenen Regierung, daß wir die Hand zur Verständigung gern bieten; wir werden deshalb alle Änderungen in sorgfältige Erwägung ziehen. Bei der Annahme derselben stellen sich uns jedoch zwei Schranken entgegen; erstlich die Vertragstreue; diese werden wir auf jeden Fall wahren, und deshalb selbst Änderungs-Vorschläge, mit denen wir prinzipiell einverstanden sind, ablehnen; ja nicht einmal erklären, daß wir damit einverstanden sind, wenn nicht vorher die Zustimmung der preußischen Regierung gesichert ist. Die zweite Schranke ist die, daß das Minimum der Selbstständigkeit, das den einzelnen Staaten noch übrig bleibt, nicht noch mehr zerstört wird. Dies ist ja auch die einzige Möglichkeit, Süddeutschland heranzuziehen, wenn das, was an föderalistischen Elementen in der Verfassung ist, erhalten bleibt. Ich bitte Sie deshalb dringend, zerstückeln Sie nicht noch diesen Rest. (Beifall rechts.)

Nach Beendigung dieser Rede begibt sich Graf Bismarck zum Redner und unterhält sich längere Zeit mit denselben.] Abg. v. Unruh: Das beste Mittel gegen den Partikularismus ist die Erweiterung der Bundes-Competenz. Für die Nothwendigkeit der Etablierung einer entwickelungs- und lebensfähigen Verfassung will ich mich noch auf zwei Autotäten berufen, welche hoffentlich diese Seite des Hauses (rechts) vollständig anerkennt. Es ist der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, jetztige Vorsitzende der Bundes-Commission und der frühere Gesandte am Bundestage in Frankfurt. Die am Bundestage am 18. December 1862 abgegebene Erklärung des Grafen Bismarck scheint mir das allerstärkste und schlagendste Argument für eine Erweiterung der Competenz zu enthalten. Dieselbe lautet: „Die Regierungen, die Volksvertretungen, die Bevölkerungen sind zu Opfern bereit, um große nationale Ziele zu verwirklichen. Allein darauf kann man gesetzt sein, daß sie gegenüber einer ungünstigen Lösung, die zugleich weitere Fortentwicklung ausschließt, lieber auf dem Boden des Bundesrechts einstweilen stecken bleiben würden.“ In einer Erklärung in der Bandesversammlung vom 22. Januar 1863 heißt es: „Um ihr (der Volksvertretung) einen befriedigenden Wirkungskreis zu geben und zugleich eine erhöhte Bedeutung für die Einigkeit und Festigkeit des Bundes zu gewähren, würde dem zentralen Organismus durch Abänderung und Erneuerung der Bundesverträge, die dem jetzigen Bundestage fehlende gesetzgebende Gewalt für das Bundesgebiet beigelegt und deren Umfang in einer der Tätigkeiten eines deutschen Parlaments würdig (Abg. Schulze rast: wärdig!) Ausdehnung bemessen werden müssen. (Hört! Hört!) Wenn eine solche nach der Volkszählung bestimmte Nationalvertretung mit Rechten ausgestattet würde, welche sie befähigen, der die Bundesregierung verriet Centralbehörde als Gleichgewicht an die Seite zu treten, so würde die R. Regierung einer so gestalteten Bundesgewalt ausgedehntere Befugnisse einräumen, ohne die Interessen Preußens zu gefährden.“ Ich habe diesen nichts hinzuzufügen.

Das Amendement Kratz, (betr. die Gleichstellung der Religion), wird angenommen, das Amendement Bockum-Dolfs abgelehnt. — Nunmehr wird über den Antrag Braun mit dem Amendement Kratz namentlich abgestimmt. Dieselbe ergibt das Resultat, daß der Antrag mit 130 gegen 128 Stimmen abgelehnt ist. Für den Antrag stimmten die Abg. Ausfeld, Graf Baudissin, Baumstädt, Becker, v. Beningen, Bockelmann, Bode, Born, v. Bothmer, Bouvier, Braun (Hersfeld), Braun (Plauen), Braun (Wiesbaden), Budens, v. Carlowitz, de Chapeaurouge, Dannenberg, Delius, Graf zu Dohna-Koszenau, Dunker, Graf Döhren, Ellissen, Eggleben, Evans, Eichholz, Falt, Forckel, Dr. Francke, Dr. Freytag, Fries, Görz, Grumbrecht, v. Grüner, beide Frhrn. v. Hammerstein, Harnier, Graf Hendel v. Donnersmark, Hergenhahn, Hering, Heubner, Heyl, Frhr. v. Hilgers, Hinrichs, Hoffmann, Holzmann, Hofius, Dr. Jaeger, Jüngling, Jungermann, Kämingießer, Kayser (Paderborn), Kitz, Knapp, König, Köppen, Kratz, Lasker, Lette, v. Malinckrot, zur Megede, Meier (Bremen), Meyer (Thorn), Michaelis, Minckwitz, Miquel, Müller (Wolfenbüttel), v. Münchhausen, Detker, Pannier, Pogge, Frhr. v. Proff-Trisch, Prosch, beide v. Puttkammer, Plank, Rang, Rie, Reichenheim, Lewizer, Richter, Niedel (Sachsen), Nömer, Nöppl, Frhr. v. Nothschild, Rückert, Runge, Salzmann, Schaffrath, Schleiden, Schmid, Schrader, Schröder, Schulze, Frhr. v. Schwarzkoppen, Graf Schwerin, Severin, Simon, Simson, Sloman, v. Spankeren, v. Thümen, Trip, Westen, v. Unruh, Baron v. Baerst, Frhr. v. Binde (Olendorf), Wachenhusen, Wachler, Wagner (Altenburg), v. Warnstedt, Weber, Weizsäck, Weigel, Wengold, Wiegand, Wigard, beide Wiggers, Wisselink, Wölzel, Wolff, Wulff, Winkelmann, Bachariae. — Gegen den Antrag stimmten die beiden Conservativen Fraktionen, ein Theil der Altliberalen, die sächsischen Conservativen und einzelne andere Abgeordnete. Wir nennen von den Gegenstimenden n. A. die Abg. Beckel, Schraps, Bockum-Dolfs, Nohden, v. Kleinjorgen, Micheli (Kempen), v. Binde (Hagen), v. Betschmann-Hollweg, v. Sanger, Dunker (Halle), v. Sybel, v. Gerber, Haberhorn, v. Wächter. — Die Polen stimmten nicht mit, sondern verließen vor der Abstimmung das Zimmer; bei der Abstimmung fehlten außerdem n. A. die Abg. v. Henning, v. Leipziger und Waldeck, welcher letztere bei der ersten Abstimmung durch Aufstehen gleichfalls gegen den Antrag gestimmt hatte.

Es folgt darauf die Verabhandlung über den oben mitgeteilten Antrag Westen und das Amendement Schaffrath. (Vizepräsident v. Beningen übernimmt den Vorsitz.) Abg. Wagener erklärt, daß er kein Bedenken habe, für den Antrag Westen zu stimmen, da derselbe eine Lücke in dem Entwurf ausfülle. — Abg. Dr. Michelis (Kempen) erklärt sich dagegen für das Amendement Schaffrath. Er (Redner) sei nicht feindselig gegen den Verfassungs-Entwurf. Aber er wolle zu Gunsten derselben nichts von den Volksrechten, die wir besitzen, vergeben. Ich kann mir — sagt Redner — gar keine größere Decadaturung des moralischen Gewichts der Verfassung und der Volksvertretung denken, als daß wir zusammenberufen wären, ohne unsere Ansicht geltend machen zu können. Zum bloßen Sprechen ist doch das Parlament nicht da. Dann ist schon besser ein absolutes Regiment als ein bloßes Scheinparlament. (Beifall links.) M. H.! Sie werden mir wohl gestatten, uns eine Ansicht zu begründen, auf die allgemeine Discussion etwas zurückzugehen. (Die Rechte unterbricht den Redner.) Lassen Sie mich doch ausreden; es ist durchaus notwendig, um den logischen Zusammenhang zu bewahren. (Heiterkeit.) Mit großer Anerkennung muß ich hervorheben, daß der leitende Staatsmann selbst sich herbeigelassen hat, auf meine Bedenken in seiner ersten Staatsrede zu antworten, und daß er die Sache nicht so leichtfertig be-

handelt hat, wie es von anderer Seite geschehen ist. Aber er hat mich leider vollständig missverstanden. (Rufe von Rechts: zur Sache.)

Bicepräf. v. B.: Ich muß den Redner ersuchen, nicht weiter zurückzugehen, als es zur Begründung seiner Ansicht über den vorliegenden Gegenstand nötig ist. (Beif. rechts) Abg. Dr. Michelis: Ich bitte mich fortzuführen zu lassen, da es zur Begründung meiner Ansicht durchaus nötig ist. — Bicepräf. v. B.: Der Hr. Redner wird sich selbst überzeugen, daß es unmöglich ist, bei der Spezial-Diskussion solche Ausschweifungen zu gestatten. — Abg. Dr. Michelis: Ich gehe nicht weiter ein, als nötig ist, fahre also fort. Ich bitte auch mir zu gestatten, was gestern unter denselben Hrn. Prästidten einem andern Redner erlaubt wurde, ohne unterbrochen zu werden. (Unruhe rechts.) — Bicepräf. v. B.: Eine solche Kritik des Vorstehenden ist nicht geziemend; ich habe gegen keinen Redner anders verfahren; will übrigens zu meiner Rechtfertigung noch anführen, daß der Abg. Scherer, um sein Amendment zu rechtfertigen, auf die confessionellen Verhältnisse zurückgreifen mühte, also bei der Sache war. — Abg. Dr. Michelis: Ich erkläre noch einmal, daß ich nicht nicht anders spreche, als zu dem Amendment Schaffrath, und frage, ob ich so fortfahren darf. — Bicepräf. v. B.: Bis jetzt ist das Wort dem Redner noch nicht entzogen; ich würde aber in die Lage kommen, es ihm entziehen zu müssen, wenn er in dieser Weise fortfährt.

Abg. Dr. Michelis: Der Hr. Ministerpräsident hat mir die Worte in den Mund gelegt, daß der Geist der Verfassung mit dem Seelenheil auf derselben Stufe ständen, daß ich um jeden Preis jeden Artikel der preuß. Verfassung erhalten wollte. (Rufe von rechts: zur Sache!) Er hat mich dabei ausdrücklich als katholischen Geistlichen bezeichnet. (Wiederholte Rufe: zur Sache.) Ich habe nur behauptet, daß die Verfassung eines Volkes für ein Volk das Selbstbewußtsein hat, dasselbe ist, wie die Seele für den Menschen, und daß ein Volk für die Verfassung und sein Recht kämpft, wie der einzelne Mensch für sein Seelenheil. (Silkrümische Unterbrechung von der Rechten, zur Sache, zur Sache!)

Bice-Präf. v. B.: Ich muß den Redner zum dritten Mal unterbrechen. Da ich ihn schon zweimal ohne Erfolg aufgerufen habe, auf den Gegenstand der Verhandlung zurückzukommen, tritt die Bestimmung des § 42 der Geschäftsordnung ein, wonach die Versammlung ohne Debatte beschließen kann, ob dem Redner das Wort über den vorliegenden Gegenstand entzogen werden soll. Ich ersuche somit diejenigen Herren, welche wünschen, daß der Redner fortfahren soll, sich zu erheben. (Es erheben sich nur ca. 50 Mitglieder von der Linken.) Dies ist die Minorität; dem Abg. Michelis ist somit das Wort entzogen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Michelis: Ich bitte um die Erlaubnis, wenigstens noch eine persönliche Bemerkung machen zu dürfen.

Bice-Präf. v. B.: Nach der Geschäftsordnung folgen die persönlichen Bemerkungen erst nach Schluss der Discussion; ich kann Ihnen das Wort dazu also jetzt noch nicht ertheilen, habe Sie aber dazu notirt.

Abg. Tweseten motiviert sein Amendment. Es sei unmöglich, in einem so wichtigen Theil der Gesetzgebung eine Lücke bestehen zu lassen, die leicht durch eine Königliche Diktatur ausgefüllt werden könnte. Gegen den Antrag Schaffrath ist zu bemerken, daß die Krone Preußen immerhin vor Majoritätsrichtung sicher sein mag, daß aber dieser bloß factische Zustand im vorliegenden Fall in einen rechtlichen, gesetzlichen verändert werden müsse.

Abg. Günther (für den Antrag Schaffrath) beläuft die Haltung der National-Liberalen. Dieser Antrag derselben sei Anfangs liberal, schlage dann aber in sein Gegenheil um, indem er das Veto des Präsidiums festsetzt. Damit gehe man immer mehr auf den Einheitsstaat. Erst die letzten Erklärungen des Grafen Bismarck und des heftigen Bundes-Kommissarius hätten ihn über die in dieser Versammlung überhand nehmende Richtung beruhigt. Diese Art von Liberalismus läßt sich vor sich selbst und gleicher dem Rücken, das die Eierschale mühsam durchbricht, eine Eierschale, die ganz so aussicht wie eine Pickelhaube. Ist es da nicht viel besser, daß wir den Einheitsstaat des Abg. Groote lieben und seinen Entwurf annehmen, der zwar auch aus den Füßen Kreishauptleute macht, aber doch wenigstens mit lebendigen Menschen rechnet und die Provinzialität schwächt.

Graf v. Bismarck: Ich bemerke, daß die Bundeskommissarien bei ihren Berathungen diesen wichtigen Gegenstand nicht übersehen, nicht vergessen haben, sondern durch Erwähnungen geleitet wurden, einen solchen Basas ihr entbehrlieb, wenigstens für jetzt entbehrlich zu machen. Doch bin ich jetzt in der Lage, im Namen der Königl. Regierung zu erklären, daß sie gegen den Antrag Tweseten nichts zu erinnern hat und nach Rücksprache mit dem Hrn. Kommissarius der großh. heftigen Regierung auch die Zustimmung der verbündeten Regierungen erlangen zu können glaubt. Sie hat diese Zustimmung noch nicht, hofft aber sie zu gewinnen. Dagegen muß sie den Antrag des Abg. Schaffrath ablehnen.

Die Discussion wird geschlossen und zu einer persönlichen Bemerkung das Wort ertheilt dem Abg. Dr. Michelis (Kempen): Ich gebe die ruhige und wohl überlegte Erklärung ab, daß ich mein Mandat niederlege und den Saal verlassen werde. (Der Hr. Abgeordnete legt seine Papiere zusammen und verläßt unter dem Beifall der Linken den Saal.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schaffrath abgelehnt, der Antrag Tweseten mit sehr großer Majorität angenommen. — Abg. Waldeck (zur Geschäftsordnung) bedauert durch den Schluss der Discussion verhindert worden zu sein seine Stellung zu den beiden Anträgen darzulegen....

Präf. Simson, der inzwischen den Vorstg übernommen, unterrichtet ihn mit der Bemerkung, daß der Redner nicht zur Geschäftsordnung spreche. Endlich wird der Antrag des Abg. Schaffrath als Nr. 15 des Art. 4 „das Bundesfinanzwesen“, als zur Kompetenz der Bundesgesetzgebung gehörig hinzuzufügen, mit derselben Majorität wie oben abgelehnt.

Abg. Prosch hat als eine besondere Nummer des Art. 4 beantragt, „die Bestimmungen über die staatsrägerlichen Rechte der israelitischen Gläubigen genossen“. — Abg. Loscher spricht gegen diesen Antrag, für den er bei seiner persönlichen Stellung zu demselben nur dankbar sein könnte; aber wie er die Stimmung der Juden kenne, wollten sie keine Spezialgesetzgebung und auch er nach seinem Gesicht verlangt nach keinem besonderen Gesetz. Der Antrag wird fast einstimmig abgelehnt. — Hinzugefügt wird noch der Bundesgesetzgebungs-Competenz nach einem Antrage des Grafen Schwerin: „Maßregeln der Medizinal- und Veterinär-Polizei“. — Mehrere andere Amendments der Abg. Groote, Schwarze etc. werden abgelehnt. Der ganze Artikel 4 wird nunmehr mit den angenommenen Amendments mit überwiegender Majorität vorgenommen. (Dagegen nur die Linke.) — Das Amendement

des Abg. Miquel, betreffend die Einschiebung eines neuen Artikels (s. oben) zwischen 4 und 5 wird abgelehnt. — Nächste Sitzung Sonnabend.

Danzig, den 22. März.

§ Zur Feier des 70jährigen Geburtstages S. M. des Königs fand heute in der St. Marienkirche ein Militair-Gottesdienst statt. Zu demselben hatten sich Deputationen der verschiedenen hier garnisonirenden Truppentheile, die Spizen der Königl. und städtischen Behörden, die Friedrich-Wilhelm-Schützengilde, die Veteranen z. und eine bedeutende Anzahl Civilisten eingefunden. Vor der von Herrn Consistorialrat Reinecke gehaltenen Predigt wurden die Bänder und Quasten der für Tapferkeit im letzten Kriege gestifteten Ehrenzeichen von denkbarer Offizieren an die Fahnen und Standarten der verschiedenen Regimenten geknüpft; nach der Predigt wurde durch Herrn Divisionsprediger Steinwehr der Weiheact der Banner vollzogen. Unter dem Gesange des Te Deum und 101 Salutschüssen von den Wällen der Festung wurde die kirchliche Feier beendet. Die Fahnen wurden mit Musik wieder abgebracht. — In mehreren Localen finden zur Feier des Geburtstages Dinners statt.

* Die Feststellung und Bekündigung des Ergebnisses der Wahl vom 20. d. Ms. findet, den Bestimmungen des Wahlreglements gemäß, am Sonntag den 24. März, Vorm. 11 Uhr im großen Saale des Schützenhauses statt.

Großer Raubmord-, Raub- und Diebstahls-Prozeß. (Fortsetzung.)

15. Hehlerei an Sachen, die von dem Raube in Gr. Waldorf herrühren.

Der Hehlerei angeklagt sind: die verehlichte Goetz, der Handelsmann Abraham Schwarz, der Kaufmann Baer Auerbach, die verehlichte Arbeiter Schawlewski, der Arbeiter Dubki und der Arbeiter Marquard.

Die verehlichte Goetz gibt zu, von Mathe 3 goldene Ringe, 4 silberne Schlüssel und 1 goldenen Uhrhaken, die dieser in Gr. Waldorf gekauft hatte, für 5—6 R. gekauft zu haben. Die Anklage behauptet, daß sie den Kauf im Auftrage des Handelsmanns Schwarz ausgeführt. Dies stellt die Goetz in Abrede, auch Schwarz bestreitet es. Dagegen bestätigt die Goetz den Kaufmann Baer Auerbach der Theilnahme an der Hehlerei der genannten Sachen, indem sie sich folgendermaßen ausläßt: Derselben Tages, an welchem ich die Sachen gekauft, ging ich zu Auerbach und fragte ihn, ob er Lust habe, etwas zu kaufen, dieselben Leute, von denen ich das vorige Mal gekauft, hätten mir wieder etwas gebracht. Er zeigte nun zwar Lust, wollte aber nicht gleich kaufen, sondern erst abwarten, ob Alles ruhig bleiben würde. Als ich am 31. October wieder zu ihm kam, kaufte er mir die Sachen ab. Am Sonnabend darauf hielt die Polizei bei mir Haussuchung; ich ging nach der Haussuchung zu Auerbach und klage ihm meine Angst. Er sagte mir darauf, ich möchte nur ruhig sein und tüchtig streiten, wenn man mir etwas anhaben wolle. Es könne höchstens ein paar Wochen Gefängnis kosten. In dieser Zeit würde er für meine Kinder sorgen. Als ich ihn darauf bat, er möge mir die Sachen herausgeben, sagte er, das wolle er gerne thun, wenn ich ihm die 8%, für welche er sie von mir gekauft, zurückgeben wolle. Zuletzt sagte er mir, ich möchte am andern Abend vor das Neugarter Thor kommen; ich bin dann auch dort hingegangen, habe mich aber nicht mit ihm einzigen können.

Der Angeklagte Auerbach hat nicht nur in der Voruntersuchung die Angaben der Goetz auf das Entschiedenste in Abrede gestellt, sondern bestreitet sie auch in der öffentlichen Verhandlung. Seine äußere persönliche Erscheinung ist geeignet, die Behauptung seiner Unschuld zu unterstützen. Dieselbe contrastiert gegen die Gruppe der anderen Angeklagten in hervorragender Weise und erweckt ein lebhafes Bedauern, den Mann in einer solchen Gesellschaft zu sehen. Gleichfalls spricht seine Vergangenheit für ihn. Er ist ein tüchtiger Soldat gewesen und hat dann in seiner bürgerlichen Stellung überall seine Pflicht erfüllt. — Sein Benehmen vor den Schranken des Gerichts ist bescheiden. — Wie er schon in der Voruntersuchung behauptet, so behauptet er auch in der öffentlichen Verhandlung, daß die Goetz nur aus Rache ihn der Theilnahme an ihrem Verbrechen beschuldigt. Der Handelsmann Schwarz, welcher früher mit einer Cousine von ihm verheirathet gewesen, habe nach deren Tode mit der Goetz ein unstillbares Verhältnis unterhalten, und aus demselben keinen Hehl gemacht, vielmehr es vor aller Welt zur Schau getragen, indem er mit derselben in einem Zimmer gewohnt. Er, Auerbach, habe ihn ermahnt, das Verhältnis abzubrechen und einen besseren Lebenswandel zu beginnen. Seine Ermahnungen hätten nichts gebracht. Da habe er ihm zuletzt gesagt, daß er aus der Synagoge gestoßen werden würde, wenn er noch länger das unsittliche Verhältnis unterhalte. Auch diese Warnung sei fruchtlos geblieben. Da habe er, Auerbach, sich genügt gesehen, bei dem Synagogenvorstande den Antrag auf Ausstossung des Schwarz aus der Gemeinde zu stellen. Dies sei der Grund, weshalb ihn die Goetz mit ihrer Rache verfolge. —

In der öffentlichen Verhandlung befunden glaubwürdige Zeugen, daß Auerbach in der That diesen Antrag beim Synagogenvorstande gestellt.

Es wird auch von zwei Zeugen bekannt, daß die Goetz eines Tages im vorigen Sommer einen großen Scandal vor Auerbachs Laden auf dem Holzmarkt gemacht und während gerufen habe, sie wolle es dem Herrn Auerbach schon gedanken, daß er so feindlich gegen Schwarz handle, was ginge es ihm an, daß sie mit diesem zusammen wohne. — Was nun aber trotzdem sehr verdächtig gegen den Angeklagten spricht, ist der Umstand, daß er in der Voruntersuchung behauptet, die Goetz sei eine ihm ganz unbekannte Person, er habe nie in einem Berthe mit ihr gestanden. Gegen diese Behauptung bezeugt der frühere Laufbursche Auerbachs, der 19jährige Domanski, daß er die Goetz häufig im Laden seines Herrn gesehen. Als ein sehr schlagendes Beweismittel gegen Auerbach dafür, daß er mit der Goetz in einem Berthe gestanden, hat ein Brief, den er im Interesse der Goetz geschrieben, in der Voruntersuchung eine wichtige Rolle gespielt. Dieser Brief ist durch einen höchst merkwürdigen Zufall veranlaßt worden, und bildet die Geschichte desselben eine interessante Episode in der so umfangreichen ausgedehnten Verhandlung. — Dem früheren Theater-Director Hrn. Götz wurde nämlich im November 1864, während er auf 5 Minuten sein Zimmer verlassen hatte, eine goldene Uhr, eine lange goldene Kette mit Schieber und eine große goldene Luchtnadel mit blauem Stein gestohlen. Der Verdacht fiel auf seinen damaligen Haushüter. Doch bot sich ein hinreichender Anhalt zur Verfolgung dar. Hrn. Götz beschrieb die Kette, welche er 30 Jahre getragen, auf der Polizei mit großer Genauigkeit. Dieselbe war besonders daran kennlich,

dass sie 6 unbewegliche Glieder hatte. Ein Jahr nach dem Diebstahl, im November 1865, wurde von der Polizei in Hamburg der hiesigen Polizei eine solche Kette eingesandt. Sie war dort einem Mann aus Danzig abgenommen worden, welcher, weil er sich in einer auffälligen Weise verdächtig gemacht und seine Legitimationspapiere aufzuweisen gehabt hatte, verhaftet worden war. Der Verhaftete war der Holzhändler Götz, der Mann der Angestellten Anna Götz, geb. Hein, der, nachdem er seine Gefängnisstrafe wegen Theilnahme an dem großen Pferdediebstahl abgelebt, über Hamburg nach Amerika ausgewandert bestürztig batte. Er mußte in Folge seiner Legitimationslosigkeit nach Danzig zurückkehren. Inzwischen war Hrn. Götz die in Nebenstehende Kette von Seiten des hiesigen Criminalgerichts vorgelegt worden. Hrn. Götz erklärt sie als sein Eigentum und zwar wegen der 6 unbeweglichen Glieder. Der Schreiber, sagte er, sei zwar nicht derselbe, aber der könne ja leicht geändert worden sein. Die 6 unbeweglichen Glieder seien ein untrügliches Merkmal der Kette, welche er 30 Jahre lang getragen. In Folge dessen wurde Götz wegen urecklichen Erwärbs der Kette zur Untersuchungshaft gebracht. Bald darauf ging die Frau Götz eines Tages an dem Laden des Hrn. Auerbach vorbei. Dieser fragte sie, wie es ihr gehe. Sie antwortete: Mir geht es sehr schlecht. Ich weiß schon, entgegnete Auerbach, Ihr Mann ist verhaftet worden; aber er ist unschuldig. Gehet Sie zu Hrn. Götz und sagen Sie zu ihm, er möchtet sich die Kette noch einmal recht genau ansehen. Sie ging dann auch zu Hrn. Götz, aber erhielt von demselben die Antwort, daß er über sein Eigentum nicht im Zweifel sei, die ihm vom Gericht zurückgegebene Kette sei sein Eigentum; er brauche sie nicht noch einmal anzusehen, um sich davon zu überzeugen. Als die Götz mit dieser Antwort zu Auerbach zurückkehrte, sagte dieser: Ihr Mann ist unschuldig, er soll frei kommen; aber es kostet Geld, sehr viel Geld, 40 R. Am nächsten Tage zahlte die Götz dem Auerbach 40 %, und dieser zeigte ihr ein in Leinwand eingeschlagenes Kästchen mit der Beschriftung, daß in demselben die Kraft der Befreiung liege. Am 1. December 1865 erhielt der frühere hiesige Staatsanwalt Herr v. Wolff einen Brief ohne Unterschrift, mit dem Poststempel Dirschau, nebst einem Kästchen, in welchem sich eine goldene Uhr, eine goldene Kette und eine goldene Luchtnadel befand. In dem Briefe hieß es, daß dies Sachen seien, welche dem Herrn Götz gestohlen worden seien. Der Schreiber dieses Briefes sei der richtige Dieb. Er habe gebürt, daß andere Leute wegen des Diebstahls der Uhr und Kette in Verdacht gekommen und verhaftet worden seien. Das lasse ihm keine Ruhe mehr auf Erden; er schicke deshalb dem Herrn Staatsanwalt die Sachen zurück, damit nicht unschuldige Leute ferner verfolgt würden. Es wurden nun die an den Herrn Staatsanwalt gesandten Sachen Herrn Götz vorgelegt, welcher sie alle drei als sein Eigentum erkannte. Es haite die ihm jetzt vorgelegte Kette auch den richtigen Schreiber. Nachdem Herr Götz erklärt, daß er sich in Betreff der Kette zuerst vorgelegten Kette geirrt und daß dieselbe nicht sein Eigentum sei, wurde der Mann, der wegen des merkwürdigen Sualls, daß seine goldene Kette ebenso wie eine andere, ihm Eigenhümer gestohlene, 6 unbewegliche Glieder hatte, verhaftet worden war, in Freiheit gesetzt und wanderte nun, mit Legitimationspapieren versehen, nach Amerika aus. Man hätte glauben sollen, daß diese Geschichte für immer tot und begraben sei. Sie sollte aber noch einmal auftauchen. (Schluß folgt.)

Vorstandspresse der Danziger Zeitung.
Berlin, 22. März. Aufgegeben 2 Uhr 3 Min.

Angekommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

Letzter Eis.	Erster Eis.
Roggen höher, 1no	Wur. 8½% Pfand. 78½ 78½
56½	Wurst 3½% do. 76½ 76½
56	54 do. 4% do. — 85½
54½	54 Barber. 108½ 110½
11½	11½ Ostf. National-Un. 54% 55½
16½	16½ Russ. Banknoten. 80½ 80½
104	104 Danzig. Priv.-B.-Act. 111 111
100½	100½ 6% Amerikaner. 78 78½
83½	83½ Schiedsger. London — 6. 23½

Konditorei niedriger.

Danzig, den 22. März. Bahnpreise.

Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, bunt und hellbunt 120/23 — 125/27 — 128/129 M. von 78/85/90 — 92/95 — 96/97½ R.; gefündt, gut bunt und hellbunt 126/28 — 129/30 — 131/132 M. von 98/100 — 102/104 — 105/107 R. gr. vor 85 M.

Roggen 120 — 122 — 124 — 126 M. von 58% — 59½ — 61 — 62 R.

Erbsen 57/60 — 62/64 R. vor 90%.

Gerste, kleine 98/100 — 103/4 — 105/6 — 108% von 46/47 — 48/50 — 51/52 — 53½ R., große 105/108 — 110/112 — 115/120 R. von 51/52 — 53/54 — 55 R.

Hafser 30 — 32 R. vor 50%.

Spiritus 16½ R. vor 8000% Dr.

Getreide-Börsen. Weizen fand heute rege Kauflust bei einem Umsatz von 170 Lasten. Preise waren sehr unregelmäßig. Bezahlt wurde für 122 R. bezogen J. 535, bunt 125 R. etwas bezogen 595, 127 R. J. 605, hellbunt 125/6 R. J. 607½, J. 610; 127 R. J. 620; 130/1 R. J. 635; hochbunt 129 R. J. 647; 127 R. J. 650 vor 5100 R. — Roggen fest. 124 R. J. 366; 125 R. J. 369 vor 4910 R. Umsatz 15 Lasten. 25 Lasten Roggen vor Mai-Juni à J. 350 vor 4910 R. gehandelt. — Weisse Erbsen J. 372 vor 5400%. — Kleine 98/103 R. Gerste J. 291, J. 300 vor 4320 R. — Spiritus 16½ R.

Berantwortlicher Redakteur: H. Ridder in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Barom.	Stand in Par. Min.	Therm. in Greifsw.	Wind und Wetter.
21 4	330,99	— 1,3	Westl. mäßig, bedeckt mit Schnee.
22 8	3		

Bekanntmachung.

In dem Concuse über das Vermögen des Kaufmanns Joseph Sudobba zu Lauenburg ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Accord-Termin auf den 5. April 1867,

Mittags 8½ Uhr,

in unserem Gerichtslokale (im Hause Schulz'schen Hause, am Markte hier selbst) vor dem unterzeichneten Commissar anberaumt worden. Die Befürchtungen werden hier von dem Bemerkern in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Concursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht noch ein Hypothekenrecht Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Accord berechtigen.

Lauenburg i. P., den 16. März 1867.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Der Commissar des Concurses.

Boelb. (10149)

Bekanntmachung.

Der über das Vermögen der Kaufmannsfrau Pauline Manheim geb. Rosenthal hier eröffnete Concuse ist durch Schlußvertheilung beendet.

(10182)

Marienwerder, den 14. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abtheilung.

Der Commissar des Concurses.

Wendisch.

Bekanntmachung.

Der Concuse über das Vermögen des Pfefferküchlers Anton Volkmann zu Thorn ist durch rechtmäßig bestätigten Accord beendet.

Thorn, den 19. März 1867.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

(10180)

Northern Assurance-Company,

Feuer- und Lebens-Versicherungsgesellschaft in Aberdeen und London.

Anträge werden entgegen genommen und die Feuer-Versicherungs-Poliken sofort ausgefertigt vom Haupt-Agenten

Ang. Lemke, Langemarkt 10.

Feuersichere asphaltirte Dachpappen

in Bahnen und Tafeln, so wie sämtliche Dachdeckmaterialien empfiehlt die Dachpappenfabrik von

Herm. Schulz

in Danzig,

welche auch das Eindecken von Pappdächern unter Garantie übernimmt. Bestellungen werden im Comtoir Vorst. Graben 44 B ange nommen.

(10172)

Feuersichere asphaltirte Dachpappen

vorzüglichster Qualität in Bahnen und Tafeln, als feuersicher von Königl. Regierung anerkannt, sowie

Asphalt und engl. Stein- Kohlentheer

zum Ueberzuge empfiehlt sich bestens, auch übernehm ich auf Wunsch das Eindeden der Dächer jeder Größe unter Garantie zu billigsten Preisen.

(10131)

Danzig. **F. Studzinski**,

Comtoir: Frauengasse No. 28.

Engl. blauen Dachschiefer

jeder Dimension,

Schieferplatten

jeder Größe, Schiefernägel, unverziert, verzinkt

und kupferne, empfiehlt

(10131)

F. Studzinski,

Comtoir: Frauengasse No. 28.

Diverse Frühjahrssäaten,

als: Victoria-Erbsen (frühe), Probsteier Sommerweizen, Witzen, rothe und weiße Kleeaat, Lupinen, große Gersie, so wie frische Rübischen bester Qualität empfohlen

C. & R. Schulz,

(10175) Jopengasse 51.

Th. Barg,

Neufahrwasser, Hafenstraße 13, Danzig, Hafenstraße 35,

empfiehlt sein Lager von holländ. Dachpappen, besten Asphalt. Dachpappen, Mauersteinen, frischem Portland-Cement, engl. Steintohlentheer, engl. Steintohlenpech, Asphalt, engl. Chamottesteinen und Chamottithon, so wie Maschinen- und Koksöhnen zur geneigten Beachtung.

9912

Barometer in allen Sorten, Thermometrographen, Fenster-, Stuben-, Bade-, Maisch-, Essig- und Treibhaus-Thermometer, Alkoholometer

mit auch ohne Aichungsschein, Maisch-, Essig-, Lauge, Milch- und Blutprober, Bier-, Brannwein- und Butterprober, so wie Bestecke für Brenn- und Brauereien und alle andern Sorten Prober und Spiritus-Cylinder, empfiehlt einzeln, im Dinge billiger. Auswärtige Anträge werden prompt effectuirt.

(10136)

C. Müller, Optikus

Jopengasse am Pfarrhofe.

Die Schuh- und Stiefel-Fabrik

Langgasse 77,

empfiehlt die Fabrikate der Straf-Anstalt und eigenes Fabrikat in allen Sorten:

en gros

Schuhe und Stiefel

en détail

für Herren, Damen und Kinder.

Preise billigst laut Preis-Courant.

Bestellungen werden in 24 Stunden ausgeführt; ebenso alle Reparaturen.

Sohlen und Absätze für Knaben 15 und 17½ Igr.

Sohlen und Absätze für Herren 22½ Igr.

Besonders empfiehlt ich:

Aknabenstiefel mit Schäften n. Gummizug von 1 Igr.

Großtes Lager Petersburger u. anderer Gummi-

schuhe.

(10185)

Max Landsberg,

Langgasse No. 77.

Leutewitzer Runkelrüben-Saamen.

Diejenigen Herren Landwirthe, welche noch Leutewitzer Runkelrüben-Saamen zu beziehen wünschen, bitte ich um beschleunigte Bestellung, um die Versendung noch rechtzeitig bewirken zu können.

Leutewitz und Löthahn bei Meissen (Sachsen), im März 1867.

A. Steiger.

Liebig's Fleisch-Extract

(Extractum carnis Liebig)

zu beziehen von Jos. Bennet in Antwerpen, General-Agent, Schlüter & Maack in Hamburg — Depot für Nord-Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen.

Preise frei ab Antwerpen und Hamburg:

per 25 H	à Fres. 16.—	per Töpf	mit Erhöhung von
50	15. 50.	von	1. 50. per Psd. für halbe Pfund-Töpfe
100	15.—	1 Psd.	viertel
250	14. 50.	2 Psd.	achtel
500	14.—	engl.	

zahlbar comptant, ohne Sconto, Emballage eingebettet.

Aller Extract der Compagnie muss statutengemäß unter der Controle des Herrn Professor

Freiherrn J. v. Liebig und seines Delegirten des Herrn Professor Mr. v. Pettenkofer, analysirt sein und wird durch deren Unterschriften auf jeder Etiquette gutgeheissen und garantirt.

Der Extract der Liebig's Extract of Meat Company ist der einzige, welcher das

Recht hat, den Namen „Extractum Carnis Liebig“ zu führen.

Ausführliche Gebrauchs-Anweisung ist jedem Töpf beigefügt.

Ein Pfund Extract enthält die löslichen Bestandtheile von 45 % Fleisch vom Fleischerladen und giebt 120 Portionen kräftige Bouillon.

Für Kranke und schwache Personen ist der Extract ein unschätzbares Stärkungsmittel; ganz besonders werthvoll ist er für Haushaltungen zur Verbesserung von Suppen, Saucen und Fleischspeisen aller Art, so wie für Hospitäler, Lazarethe, Hotels, Restaurants, Reisende, so wie auch besonders für die Colonien.

Die Direction der Liebig's Extract of Meat Company, Limited, London.

Die Preise des Hamburger Depots sind, wie oben bemerkt, gegen comptante Zahlung, ohne Sconto, Emballage eingebettet, in preuß. Thalern oder preuß. Kassenscheinen zum Course von 3 Fres. 70 Eis. je preuß. Thlr.

Hamburg, März 1867.

(10154)

Schlüter & Maack.

Die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG

erscheint unverändert wie bisher auch im nächsten Quartal täglich zweimal.

Die **Abend-Ausgabe** wird fortfahren über alle Erscheinungen auf dem Gebiete des kommerziellen und industriellen Lebens nicht nur prompt und ausführlich Bericht zu erstatten, sondern auch stets in kritischer Weise alle Anhaltspunkte für ein motivirtes Urtheil darlegen, n. also auch fernerhin ein Central-Organ für alle Vorkommisse wirtschaftlichen Lebens bilden.

Unser **Morgen-Zeitung** bildet hierneben ein politisches Blatt im ausgedehntesten Sinne, welches nicht nur ausführlich über Alles zu berichten, sondern durch zergliederte Beprechung auch auf dem Gebiete des politischen Lebens unsere Leser allseitig zu orientiren bemüht bleibt.

Alle neu hinzugetretenen Abonnenten werden wir auf den uns dieserhalb kundzugebenden Wunsch die sämtlichen am Anfang dieses Jahres erschienenen grossen Tabellen und Uebersichten, soweit unser Vorrath reicht, völlig unentgeltlich nachliefern.

Die Abonnements-Bedingungen bleiben unverändert. Alle Post-Anstalten und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen an, hier am Orte die unterzeichnete

Berlin, im März 1866.

Expedition der „Berliner Börsen-Zeitung.“

(Charlotten-Strasse 28.)

Täglich zweimal. — Vierteljährlich 1 Thlr. 5 Gr.

Zum Abonnement auf die täglich zweimal erscheinende

O D E R - Z E I T U N G

(begründet von Wilhelm Dunker)

ladiet die Expedition ergeben ein. Die Zeitung hat sich durch ihre Billigkeit bei großer Gediegenheit einen bedeutenden Leserkreis erworben; sie ist über ganz Pommern, die Provinzen Posen, Ost- und Westpreussen verbreitet. Sie ist entschieden freisinngiger Richtung und bringt vollständige Leitartikel; das politische Material wird sorgfältig gesichtet und alles Wichtige durch telegraphische Depeschen zur Kenntniß der Leser gebracht. Über die politischen Vorgänge in Berlin bringt das Blatt Berichte eigener Correspondenten. Die Kammerverhandlungen, eben so die Verhandlungen des norddeutschen Parlaments werden erschöpfend mitgetheilt. Den Nachrichten aus Stadt und Provinz wird die grösste Aufmerksamkeit geschenkt. Ein beliebter Feuilleton schildert in Feuilleton-Briefen das Berliner Leben; auf dem Novellen, Erzählungen u. s. w. An Courses, Marktberichten aus Berlin, Stettin, Breslau, Danzig, Posen u. s. w. liefert die Zeitung alles, was für ein grösseres Publikum von Interesse ist. Die vollständige Totterie-Liste wird mitgetheilt. Inserate werden die dreipaltige Petitzeile zu 1 Gr. berechnet und finden die grösste Verbreitung.

Stettin, im März 1866.

Die Expedition der Oder-Zeitung.

Das Intelligenz-Blatt

Stolp, Schlawe, Lauenburg und Bülow,

welches im Verlage der Unterzeichneten zweimal wöchentlich und zwar Mittwoch und Sonnabend erscheint, bringt die wichtigsten politischen Tagesneuigkeiten, Ereignisse, Entdeckungen und Erfindungen aus allen Gebieten des Lebens in gedrängter Kürze und verständlicher Sprache, bespricht die wichtigen Fragen in Leitartikeln und zwar in entschieden liberalen Sinne, richtet aber hauptsächlich auch seine Aufmerksamkeit auf die besonderen Angelegenheiten der Städte u. Kreise, für welche es zunächst bestimmt ist, enthaltet ein Feuilleton zur Unterhaltung und Belehrung und schließlich einen umfangreichen Inferenten-Teil. Der Preis beträgt bei allen Königl. Post-Anstalten 9 Gr. — Inserate werden pro Spaltzeile mit 1 Gr. berechnet. — Das Blatt sei hiermit angeleghentlich empfohlen.

Stolp.

F. W. Feige's Buchdruckerei.

Wollwebergasse No. 21 werden Juvelen, Gold und Silber, so wie fremde Geldsorten u. Staats-Papiere zu den höchsten Preisen gekauft.

(9124)

Anzeige für Bruchleidende.

Wer die vortreffliche Kurmethode des berühmten Schweizer Brucharztes Krüsi-Altherr in Gais, Kanton Appenzell, kennen lernen will, kann bei der Ex. d. dieser Zeitung ein Schriftchen mit Belehrung und vielen Zeugnissen in Empfang nehmen.

(10155)

Kräuter-Brust-Bonbons,

Beilage zu Nr. 4145 der Danziger Zeitung.

Freitag, den 22. März 1867.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Karlsruhe, 21. März. Die neueste „Karler. Btg.“ spricht sich in einem längeren, anscheinend offiziösen Artikel über das zwischen Preußen und den deutschen Südstaaten abgeschlossene Schut- und Freundschaftsvertrag aus: „Man darf vertrauen, daß die deutschen Vaterlandsfreunde aller Parteien diese Allianzen als eine nationale That, die uns mit froher Zuversicht für die deutsche Zukunft erfüllen muß, freudig begrüßen werden, zumal die Gefahr nahe schien, daß Deutschland zu einem geographischen Begriff herab sinken würde. Jetzt dürfen wir mit Stolz verkünden: „Wir haben ein Vaterland, welches in Stunden der Gefahr einig sein wird.“ Der Artikel schließt: „Wir wünschen und hoffen, daß die Tage fern bleiben mögen, an welchen die Bestimmungen der Allianz in Kraft treten müssen. Als glücklichste Führung werden wir es jedoch betrachten, wenn die Allianz eine praktische Bedeutung dadurch erhält, daß sie eine vollständige Einheit des deutschen Vaterlandes in Gesetzgebung und Verkehr anbahnt.“

Wien, 21. März. Nach griechischer Quelle entnommene Berichten aus Patras vom 17. d. M. scheint der Aufstand in Thessalien sich auszudehnen. Mehr als 1000 thessalische Familien sind in Griechenland eingewandert. — Der Abschluß einer Offensiv- und Defensiv-Allianz zwischen Griechenland, Rumänien, Serbien und Montenegro wird als sicher bevorstehend angesehen.

Wien, 21. März. Der Fürst von Serbien hat an Österreich, Frankreich und England Erklärungen abgegeben, welche von diesen Mächten als vollkommen befriedigend erachtet worden sind.

Florenz, 20. März. Nach der „Opinione“ circulieren bis jetzt noch unbefäigte Gerüchte über den Eintritt Rattazzi's in das Cabinet.

Paris, 21. März. Der „Abendmoniteur“ enthält eine Depêche aus Vera-Cruz vom 16. d., nach welcher die Räumung Mexicos Seitens der französischen Truppen jetzt vollendet ist; Marshall Bazaine war bereits am 12. März abgereist. Der Gesundheitszustand der Truppen ist befriedigend. Weitere Nachrichten aus Mexico waren nicht eingelaufen.

Konstantinopel, 21. März. Bis gestern war von der Übergabe einer Collectivnote mehrerer Großmächte in der landlichen Angelegenheit hier nichts bekannt. — Dem Vernehmen nach werden mehrere Söhne und Neffen des Sultans die Pariser Ausstellung besuchen. — Der bisherige Gesandte Italiens beim russischen Hofe, Graf de Launay, ist zum Gesandten Italiens bei der Pforte ernannt worden. — Fünf- und dreißig landliche Delegirte, darunter 17 Griechen, sind hier eingetroffen und werden vom Sultan in Audienz empfangen. Auf die von einem Christen gehaltene Ansprache ertheilte der Sultan eine wohlwollende Antwort. — Eine türkische

Kriegsflotte ist mit Landungstruppen nach dem Archipel ausgelaufen.

Bukarest, 21. März. Ein Plakat der Polizeipräfектur fordert die Bewohner Bukarests auf, den Einflüsterungen der Partei, die damit umgeht, Unruhen anzustoßen, kein Gehör zu schenken, vielmehr Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Wien, 21. März. Abendblätter. Haltung überwiegend matt. Credit-Acties 183,50, Nordbahn 161,50, 1860er Rose 85,45, 1864er Rose 78,45, Staatsbahn 208,10, Galizier 217,50, Steuerfreies Ansehen 61,60.

London, 21. März. Bank-Ausweis. Notenumlauf 21,869,895 (Abnahme 179,530) Baarvorrath 19,461,446 (Zunahme 205,301), Notenreserve 11,557,815 (Zunahme 370,340) Pf. St.

Paris, 21. März. Bankausweis. Vermehrt: Baarvorrath um 5%, Vorfrüße auf Wertpapiere um $\frac{1}{2}$, Guthaben des Staatschahes um 1½ Millionen Francs. Vermindert: Portefeuille um 20%, Noten-umlauf um 10%, Rechnungen der Privaten um 5½ Millionen Francs.

London, 21. März. Aus New-York vom 20. d. M. Abds. wird per atlantischen Kabel gemeldet: Wechselcoups auf London in Gold 109, Goldglo 34½, Bonds 109½, Illinois 115½, Eriebahn 58½, Baumwolle 31½. Rohes Petroleum 16½

Berlin. Der Präses des Marineministeriums, General v. Rieben, feiert nächstens sein 50jähriges Dienstjubiläum. Wie es heißt, will er seinen Abschied nehmen; für diesen Fall würde Contre-amiral Jachmann sein Nachfolger sein. — Das Gerücht, es würden noch mehrere preußische Kriegsschiffe nach Shanghai gehen, soll falsch sein.

Bereits in der vorigen Woche sind von denseligen Mitgliedern des Reichstages, welche noch keiner der bestehenden Fraktionen angehören, die Nachbenannten vorläufig zu einer „freien Vereinigung“ zusammengetreten, um sich durch gemeinschaftliche Berathungen zur Spezial-Debatte vorzubereiten: v. Carlowitz, Kratz, v. Bockum-Dolfs, Weygolt, v. Hilgers, Winkelmann, v. Proff-Jrnich, Bur Megebe, Wolff, v. Kleinsorgen, Rhoden, Dr. Michelis (Kempen), Dr. Kayser (Paderborn), Rang, Dannenberg. Die acht Erstgenannten gehörten oder gehören noch dem linken Centrum des Abgeordnetenhauses an, die sieben folgenden wurden bisher zu den Klerikalen gezählt.

Nach einer so eben von dem R. Commissarius in Paris eingegangenen telegraphischen Mittheilung verbleibt es bei dem auf den 1. April festgelegten Termin für die Eröffnung der Ausstellung zu Paris und bei dem für den Beginn der Jury-Arbeiten bestimmten Termine.

Oesterreich. Wien, 18. März. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist noch immer vorzüglich auf die Hauptstädte Ungarns gerichtet. Die Krönung soll im Monat Juni in der Pfingstwoche stattfinden. Es verlautet, daß bei dieser Gelegenheit der Monarch einen neuen ungarischen Orden stiften werde, dessen nur geborene Ungarn beitragen können.

England. Der Washingtoner Correspondent der „Times“ stellt uns eine Überraschung in Aussicht, welche den Vorläm-

pfern für die Gleichberechtigung der Frauen große Freude machen wird. Frau Frances L. Blond aus New-York hat sich um ein Consulat in England beworben und der Präsident soll schon versprochen haben, sie als die Vertreterin der Vereinigten Staaten an einem britischen Hafenplatze zu ernennen.

Frankreich. Paris, 19. März. Der Kaiser zeigt sich sehr besorgt über den Gesundheitszustand des kaiserlichen Prinzen. Eine Schenkelgeschwulst, deren Dr. Melaton noch immer nicht Herr werden konnte, gewinnt täglich an Ausdehnung.

Danzig, den 22. März.

* Nächsten Montag wird sich im Selonke'schen Saale hr. Unthan als Violinspieler hören lassen. Derselbe, ein noch junger Mann, ist ohne Arme geboren und hat in Hrn. Schuster in Königsberg einen Lehrer gefunden, mit dessen Hilfe es ihm möglich wurde, durch unglaublich mühevole Uebung sich eine Ausbildung zu erringen, deren Resultate überall, wo er concertierte, das Publikum in Erstaunen setzten. Mit den Füßchen spielt er nicht nur Melodien, sondern auch Passagen und Triller auf einem Instrumente, das schon normal geborenen Spielern viel zu schaffen macht. Man stellt sich vielleicht den Anblick dieser Kunstleistung als unangenehm vor, die Sache macht sich aber, wie Königberger Blätter darüber berichten, in Wirklichkeit günstiger; sie erscheint dem jungen Manne als so natürlich, daß man sich bald darein findet. Wir wünschen dem Künstler allseitige Teilnahme.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 21. März. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig, ab Auswärts geschäftlos aber behauptet, auf Termine besser. Weizen 7½ März 5400 Pf. netto 154 Bancothaler Br., 153 Bd., 7½ Frühj. 149 Br., 148 Bd. Roggen 7½ März 5000 Pfund Brutto 92 Br., 91 Bd., 7½ Frühj. 89 Br., 88½ Bd. Hafer ruhig, mecklenburger zu 74—77 läufig. Del schwab behauptet, 7½ Mai 25½, 7½ Oct. 26½. Spiritus sehr ruhig. Kaffee und Zink sehr stille. — Trübtes Wetter.

Amsterdam, 21. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreidemarkt geschäftlos. Stimmung ziemlich unverändert.

London, 21. März. Consols 91%. 1½ Spanier 85. Italien. 5% Rente 53½. Lombarden 16½. Westlaner 17%. 5% Russen 87½. Neue Russen 88. Russ. Prämienanleihe de 1864 90%. Russ. Prämienanleihe de 1867 89. Silber 60%. Tlrl. Anleihe 1865 30%. 6% Ver.-St. 7½ 1882 74%. Weiter lth.

Liverpool, 21. März. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz. Ruhig. Middling American 13%, middling Orleans 13%, fair Dholera 11½, good middling fair Dholera 11½, middling Dholera 10%, Bengal 8½, good fair Bengal 9½, Domra 11½.

Paris, 21. März. Schluckcourse. 3% Rente 68,60. Italienische 5% Rente 53,80. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 406,25.

Credit-Mobilier-Aktien 456, 25. Lombardische Eisenbahn-Aktionen 411, 25. Österreichische Anleihe de 1865 326, 25. pr. ept. 6% Ver.-St. vor 1882 (ungestempelt) 84 1/4. — Die Haltung der Börse war sehr matt. Die 3% Reale wichen schließlich bis 68, 60. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91 1/4 gemeldet.

Paris, 21. März. Rübbel vor März 92, 00, vor Mai-Aug. 95, 00, vor Sept.-Dec. 95, 00. Mehl vor März 72, 75, vor Mai-Juni 74, 50. Spiritus vor März 59, 50.

Antwerpen, 21. März. Petroleum, raff. Type, weiß, 48 Kre. vor 100 Ro.

Producten-Märkte.

Königsberg, 21. März. (K. H. B.) Weizen hochbunter 129 1/2 102 Sgr. bez., 123 1/2 93 Sgr. bez., bunter vor 85 1/2 90—102 Sgr. Br., rother 120 1/2 83/84 Sgr. bez., 128 1/2 96/97 Sgr. bez. — Roggen 122 1/2 vor 80 1/2 55 1/2 Sgr. bez., 127 1/2 60 Sgr. bez., vor 80 1/2 vor März 57 Sgr. Br., 56 Sgr. Od., vor Frühj. 58 1/2 Sgr. Br., 57 1/2 Sgr. Od., vor Mai-Juni 58 1/2 Sgr. Br., 57 1/2 Sgr. Od. — Gerste vor 70 1/2 grohe 43/50 Sgr. Br., kleine 43/50 Sgr. Br. — Hafer vor 50 1/2 28/31 Sgr. Br., vor Frühj. 32 Sgr. Br., 30 1/2 Sgr. Od. — Erbsen vor 90 1/2 weisse 55/66 Sgr. Br., graue 60/88 Sgr. Br., grüne 55/66 Sgr. Br. — Bohnen vor 90 1/2 55/70 Sgr. Br. — Widen vor 90 1/2 50/60 Sgr. Br. — Leinsaat vor 70 1/2 fein 85/95 Sgr. Br., mittel 65/85 Sgr. Br., ordinäre 35/60 Sgr. Br. — Kleesaat, rothe 14/20 R. Br., weiße 18/26 R. Br. — Thymotheum 8/11 1/2 R. Br. vor St. Br. — Leinöl ohne Fäss 13 1/2 R. Br. vor St. Br. — Rübbel ohne Fäss 11 1/2 R. Br. vor St. — Leinkuchen 60/68 Sgr. Br. vor St. — Rübbelkuchen 56/59 Sgr. Br. vor St. — Spiritus loco ohne Fäss 17 1/2 R. Br. vor St. — Rübbelkuchen 56/59 Sgr. Br. vor St. — Spiritus loco ohne Fäss 17 1/2 R. Br. vor St.

Berliner Fonds-Börse vom 21. März.

Eisenbahn-Aktionen.

Dividende pro 1865.			
Nachen-Düsseldorf	47/30	3 1/2	— —
Nachen-Maastricht	—	4	34 1/2 bz u B
Amsterdam-Rotterd.	7 1/2	4	98 1/2 bz
Bergisch-Märk. A.	9	4	147 1/2 bz
Berlin-Anhalt	13	4	218 1/2 bz
Berlin-Hamburg	9 1/2	4	156 1/2 B
Berlin-Potsd.-Magdeburg.	16	4	206 1/2 bz
Berlin-Stettin	8	4	137 1/2 bz
Böhni-Westbahn.	—	6	60 1/2 bz
Bresl.-Schw.-Kreis.	9	4	137 G
Brieg-Neiße	5 1/2	4	100 B
Cöln-Winden	17 1/2	4	143 bz
Cösel-Oderbahn (Wilh.)	2 1/2	4	55 1/2 bz
do. Stamm-Pr.	—	4 1/2	— —
do. do.	—	5	— —
Ludwigsh.-Verbach	10	4	147 1/2 bz
Magdeburg-Halberstadt	15	4	196 bz
Magdeburg-Leipzig	20	4	250 1/2 bz
Mainz-Ludwigshafen	8	4	129 bz u G
Mecklenburger	3	4	78 1/2 bz
Niederschl.-Märk.	—	4	90 1/2 G
Niederchl. Zweigbahn	3 1/2	4	93 1/2 bz

Dividende pro 1865.

Nordb. Friedr. Wilh.	4	4	82-83 bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	11 1/2	3 1/2	186 1/2 bz
Litt. B.	11 1/2	3 1/2	159 1/2 G
Destr.-Frz.-Staatsb.	5	5	109 1/2-109 1/2 bz
Oppeln-Tarnowitz	3 1/2	5	73 1/2 G
Rheinische do. St. Prior.	7	4	117 1/2 bz
Rhein-Nahabahn	0	4	32 1/2 bz
Russ. Eisenbahn	—	5	78 B
Stargard-Posen	4 1/2	4 1/2	94 1/2 G
Südosterr. Bahnen	7 1/2	5	109 1/2-110 1/2 bz
Thüringer	8 1/2	4	134 1/2 bz

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1865.			
Preuß. Bank-Anteile	10 1/2	4 1/2	153 1/2 bz
Berlin. Kassen-Verein	8 1/2	4	155 G
Pom. R. Privatbank	5 1/2	4	93 B
Danzig	7 1/2	4	111 G
Königsberg	6 1/2	4	111 G
Pozen	6 1/2	4	103 bz
Magdeburg	5 1/2	4	94 et bz
Disc. Comm.-Antheil	6 1/2	4	102 bz u G
Berliner Handels-Gesell.	8	4	107 1/2 G
Destreich. Credit-	4 1/2	5	73 bz

Stettin, 21. März. Weizen Loco vor 85 1/2 gelber und weißbunter 83—86 R. 86/87 1/2 87 R. 88 1/2 88 1/4 R. ge- ringer 72—81 R. 83/85 1/2 gelber vor Frühj. 85, 84 1/2, 85 R. bez. u. Br. — Roggen vor 2000 1/2 loco 53—55 1/2 R. 82/83 1/2 56 R. bez., Frühj. 52 1/4, 1/2 R. bez. — Gerste loco nach Dual. vor 70 1/2 46—48 1/2 R. Schles. vor Conn. 46 1/2 R. Br. — Hafer loco 50 1/2 29—31 R. 47/50 1/2 vor Frühj. 30 1/2 R. Od. — Erbsen loco 52—56 1/2 R. Frühj. Futter 54 R. Od. — Rübbel loco 11 1/2 R. Br. April-Mai 11 R. Br. u. Od. — Spiritus loco ohne Fäss 16 1/2, 1/2 R. bez., mit Fäss 16 1/2 R. bez., Frühj. 16 1/2 R. bez. u. Od. — Leinsamen, Pernauer 14 1/2 R. bez., 15 R. gef. Rigaer kurze Lief. 11 1/2 R. bez. — Reis, sein mittel Arracan, 5 1/2 R. tr. bez. — Hering, Schott. crown und full Brand 14 1/2 R. tr. bez.

Berlin, 21. März. Weizen vor 2100 1/2 loco 70—87 R. n. Dual., weißb. poln. 85 1/2 R. bez., vor 2000 1/2 April-Mai 78 1/2 R. bez. u. Br. — Roggen loco vor 2000 1/2 55 1/2—56 1/2 R. n. Dual. bez., sein 57—58 R. bez., schwim. 80/81 1/2 55 1/2 R. bez., Frühj. 53 1/2—54 R. bez. — Gerste loco vor 1750 1/2 45—51 R. nach Dual. — Hafer loco vor 1200 1/2 26 1/2—29 1/2 R. nach Dual. — Erbsen vor 2250 1/2 Kochwaare 52—66 R. nach Dual. Futterware do. — Rübbel loco vor 100 1/2 ohne Fäss 11 1/2 R. Br. — Leinöl loco 13 1/2 R. — Spiritus vor 8000 % loco ohne Fäss 17 1/2 R. bez. — Mehl. Weizengemehl Nr. 0. 5 1/2—5 1/2 R. Nr. 0. u. 1. 5 1/2—4 1/2 R. Riegenmehl Nr. 0. 4 1/2—4 1/2 R. Nr. 0. u. 1. 4—3 1/2 R. bez. vor St. unversteuert.

Breslau, 21. März. In rother Kleesaat war zu wenig veränderten Preisen langsam Umsatz, alte 12—16 1/2 R., neue 16—18 1/4—19 1/4 R., weiße Saat sparsam

offerirt, ord. 16—20 R., mittel 21—24 R., feine 25 1/2—27 R., hochfeine 28—29 R. — Thimothee ruhig, 10 1/2—12 1/2 R.

Butter.

Berlin, 20. März. (B. u. H. B.) [Gebr. Gause.] Seit unserem letzten Bericht hat sich das Geschäft in Butter wesentlich verbessert; vorzüglich blieben aber die frischen und besseren Sorten gefragt, worin ein reger Umsatz zu festen Preisen stattfand. — Notirungen: Feine und feinste Mecklenburger Butter 35—37 R. Priesnitzer, Vorpommersche und andere Sorten seine Butter 31—35 R., Pommersche 25—28 R., Neubrücker, Niederung 23—26 R., Preußische 21—22 R., Schlesische 22—28 R., Österreichische 18—20 R., Thüringer, Hessische, Bayerische 26—32 R., Glaser Kübel, 18 Quart vor Frühj. 8—9 R. Schweinfette 21—22 1/2 R. — Pflausennus 11—12 R.

Schiffss-Nachrichten.

Abgegangen nach Danzig: Von Altona, 14. März: Scot-tisch Maid, Smith; — 15. März: Boyne, Fowler; — Blossom, Wilson; — Good Hoppe, Alkin; — von St. David's, 16. März: Taurua, West.

Angelommen von Danzig: In Gravesend, 18. März: Citadel (SD.), Carpenter.

Schiffsslisten.

Wenfahrwasser, 20. März 1867. Wind: SD.

Angelommen: Wallace, Ossian (SD.), Leith, leer.

Den 21. März. Wind: West.

Gesegelt: Stred, Colberg (SD.), Stettin. Güter.

Den 22. März. Wind West.

Nichts in Sicht.

Verantwortlicher Redakteur: H. Niedert in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Kastemann.

Wechsel-Cours vom 21. März.

Nurnberg. Rentenbr.	4	91 1/2 bz	Amsterdam kurz	3	142 1/2 bz
Pomm. Rentenbr.	4	91 1/2 B	do 2 Mon.	3	142 1/2 G
Posensche	4	90 1/2 B	Hamburg kurz	2	151 1/2 bz
Preußische	4	90 1/2 G	do. 2 Mon.	2	151 1/2 bz
Schlesische	4	92 1/2 bz	London 3 Mon.	3	6 23 1/2 B
Desterr. Metall.	5	46 1/2 bz	Paris 2 Mon.	3	80 1/2 bz
do. Nat.-Anl.	5	55 1/2 bz	Wien Destr. W. 8 L.	4	79 B
do. 1854r Loosse	4	59 1/2 bz	do. 2 M.	4	78 1/2 bz
do. Creditloose	—	67 1/2 bz	Augsburg 2 M.	4	56 24 G
do. 1860r Loosse	4	67 bz u G	Leipzig 8 Tage	4	99 1/2 G
Inst. b. Stg. 5 Anl.	5	61 1/2 bz	do. 2 Mon.	4	99 1/2 G
do. do. 6 Anl.	5	81 1/2 et bz	Frankfurt a. M. 2 M.	3	56 26 bz
Kur. u. N. Pfdsbr.	3 1/2	78 1/2 bz	Petersburg 3 Woch.	7	89 1/2 B
Kur. u. N. Schld.	3 1/2	82 bz	do. 3 M.	7	88 1/2 B
Berl. Stadt-Dbl.	5	104 bz	Warschau 8 Tage	6	80 1/2 bz
do. do.	4 1/2	99 1/2 G	Bremen 8 Tage	3 1/2	110 1/2 bz
Börsenh.-Anl.	5	101 1/2 bz			
Kur. u. N. Pfdsbr.	3 1/2	89 1/2 B			
Russ.-engl. Anl.	5	87 G			
do. do.	3	53 1/2 bz			
Ostpreuß. Pfdsbr.	3 1/2	78 1/2 G			
do. do.	5	85 1/2 B			
do. do. 1862	5	86 1/2 bz			
do. do. 1864 holl.	5	87 1/2 G			
Russ.-Pfl. Sch.-D.	4	62 1/2 bz. u. G			
Cert. L. A. 300 fl.	5	91 bz			
Pfdsbr. n. in S.-R.	4	57 1/2 bz			
Part.-Dbl. 500 fl.	4	91 1/2 G			
Amerikaner	6	78 1/2 bz			
Hamb. St. Pr.-A.	—	45 1/2 B			
N. Badenf. 35 fl.	—	30 G			
Schw. 10 Thlr.-L.	—	10 B			
Fr. B.m.R. 99 1/2 G	Napol. 5 12 1/2 bz				
— ohne dt. 99 1/2 bz	Eds'r. 111 1/2 G				
Destr.-Öfr.W 79 bz.	Sovrgs. 6 23 1/2 G				
Poln. Bfn. —	Goldkron. 9 83 1/2 G				
Russ. do. 80 1/2 bz	Dollars 1 12 1/2 bz				
Silber 29 28 bz	Silber 29 28 bz				